

DStV-Stellungnahme E 01/26

Omnibusvorschriften für den Digitalbereich

1. Allgemein

Mit dem Vorschlag des Digital-Omnibus verfolgt die EU-Kommission das Ziel, das digitale Regelwerk der EU strukturell zu optimieren und die praktische Anwendbarkeit der Vorgaben für Wirtschaft und Verwaltung spürbar zu erhöhen. Im Kern sollen damit die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen gestärkt und ein innovationsfreundliches Regelungsumfeld für zunehmend entscheidende Schlüsseltechnologien, insbesondere im Bereich der künstlichen Intelligenz (KI), geschaffen werden, um im globalen Wettbewerb bestehen zu können.

Ein zentrales Element des Maßnahmenpakets sind dabei Anpassungen und Vereinfachungen der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) (EU) 2016/679 sowie Änderungen an der KI-Verordnung (EU) 2024/1689. Flankierend sollen europäische Rechtsakte zum Datenrecht, darunter der Data Governance-Rechtsakt (EU) 2018/1724, in einem umfassenden europäischen Datengesetz (EU) 2023/2854 zusammengeführt werden, um Kohärenz, Rechtssicherheit und Umsetzungseffizienz zu erhöhen.

Ebenfalls Teil des Maßnahmenpakets ist die EU-Brieftasche für Unternehmen (EUBW). Diese soll als vertrauenswürdiges Instrument der digitalen Identität dienen und insbesondere die Identifizierung, Authentifizierung sowie die sichere Weitergabe elektronischer Nachweise und Dokumente ermöglichen.

Im Folgenden nimmt der Deutsche Steuerberaterverband e.V. (**DStV**) zu den für den Berufsstand relevanten Vorschlägen des Digital-Omnibus Stellung.

2. Änderung im Datenschutz- und Datenrechtsrahmen

2.1 Stärkung des Schutzes von Geschäftsgeheimnissen – Bei Datenzugangs- oder Datenweitergabeverlangen

Der **DStV** begrüßt, die Stärkung von Geschäftsgeheimnissen von Unternehmen bei vernetzten Produkten und verbundenen Dienstdaten durch den Digital-Omnibus. Das Recht zur Ablehnung von Datenzugangsverlangen eines Nutzers oder vom Nutzer ausgewählten Dritten gemäß Artikel 4 Absatz 8 bzw. Artikel 5 Absatz 11 des Datengesetzes ist dem Grunde nach zu befürworten. Die Erweiterung des Schutzes von Geschäftsgeheimnissen auf Fälle, in denen ein erhöhtes Risiko für unrechtmäßigen Zugriff durch Drittstaaten besteht, trägt den zunehmenden geopolitischen Konflikten und der damit einhergehenden Ausspähung von Daten Rechnung. Geschäfts- oder Berufsgeheimnisse müssen in einem höheren Maße geschützt werden, als dies in der Vergangenheit der Fall war.

Aus diesem Grund sollte Unternehmen die Möglichkeit eingeräumt werden, einem Datenzugangs- oder einem Datenweitergabeverlangen auf einfache und unbürokratische Weise zu widersprechen, sofern schutzwürdige Geschäftsgeheimnisse betroffen sind. Gerade für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) stellen Geschäftsgeheimnisse, insbesondere in Form von Know-how, häufig den zentralen Unternehmenswert dar. Diese für den wirtschaftlichen Erfolg essenziell wichtigen Informationen bedürfen daher eines besonders hohen Schutzniveaus.

2.2 Anpassung des Data Acts – Datenbereitstellungsverlangen bei öffentlichen Notständen und Schutz sensibler Daten

Der Vorschlag der EU-Kommission richtet das Datenbereitstellungsverlangen gegenüber juristischen Personen nach dem neu eingefügten Art. 15a des Datengesetzes-E konsequent auf Fälle eines öffentlichen Notstands aus. Dadurch wird der Anwendungsbereich gegenüber dem bisherigen Tatbestand der „außergewöhnlichen Notwendigkeit“ klar begrenzt und zugleich mehr Rechtsklarheit geschaffen. Kritisch ist jedoch, dass gemäß Art. 15a Abs. 2 Datengesetz-E neben nicht personenbezogenen auch personenbezogene Daten angefragt werden können, sofern erstere nicht ausreichen. Gerade im geschäftlichen Kontext bedürfen personenbezogene Daten sowie Daten mit Berufs- oder Geschäftsgeheimnisbezug eines

besonders hohen Schutzstandards. Die im Vorschlag vorgesehenen Sicherungsmechanismen sind als Mindestanforderungen zwar sachgerecht. Hierzu zählen insbesondere die Darlegung einer außergewöhnlichen Notwendigkeit, eine Pseudonymisierung „soweit möglich“ sowie technische und organisatorische Schutzmaßnahmen. Sie reichen jedoch nicht aus, um die besondere Sensibilität von Mandats- und Unternehmensinformationen angemessen abzubilden. Zudem muss die Kohärenz der Vorschriften beachtet werden. Während die Datenanforderung zur Minderung bzw. Wiederherstellung nach Art. 15a Abs. 3 Datengesetz-E auf spezifische nicht personenbezogene Daten beschränkt ist und sich nicht an Kleinst- und Kleinunternehmen richten darf, fehlt eine vergleichbar konsistente Schutzlogik im Anwendungsfall der akuten Notfallbewältigung.

2.3 Berechtigtes Interesse als Grundlage für KI-Training – Anforderungen und Schutzgrenzen

Gemäß der DSGVO muss für jede Verarbeitung personenbezogener Daten eine der in Artikel 6 Absatz 1 DSGVO genannten Rechtsgrundlagen vorliegen. Eine dieser Rechtsgrundlagen ist das sogenannte berechtigte Interesse. In ihrem aktuellen Vorschlag stellt die EU-Kommission klar, dass das Training, Testen und Validieren von KI-Systemen und KI-Modellen, einschließlich großer generativer Modelle wie Large Language Models (LLMs), grundsätzlich auf ein berechtigtes Interesse im Sinne des Art. 6 Abs. 1 Buchst. f DSGVO gestützt werden kann. Der **DStV** erkennt an, dass KI-Systeme über ihren gesamten Lebenszyklus hinweg auf große Datenmengen angewiesen sind und deren Training potenziell auch gesellschaftliche Vorteile, etwa im Hinblick auf die technologische Unabhängigkeit Europas, mit sich bringen kann.

Vor diesem Hintergrund ist die Einführung des Art. 88c DSGVO-E zunächst positiv zu bewerten. Es ist zu begrüßen, dass die Interessenabwägung nach Art. 6 Abs. 1 Buchst. f) DSGVO weiterhin maßgeblich bleibt und zugleich präzisiert wird. Dies erhöht die Rechtssicherheit für Entwickler und Anwender. Entscheidend ist jedoch, dass die Präzisierung der Abwägungsanforderungen nicht als Standardrechtfertigung für weitreichende Datenverarbeitungen verstanden wird. Die aufgeführten Schutzmechanismen sind als Mindestvorgaben richtig, müssen in der Praxis aber auch durchsetzbar sein, insbesondere

um Datenabflüsse und unbeabsichtigt „memorierte“ Inhalte zu vermeiden. Im Kontext des Trainings von KI-Modellen ist zu berücksichtigen, dass Informationen, die einmal in Trainingsprozesse eingeflossen sind, nicht wieder verlässlich entfernt werden können. Kritisch anzumerken ist außerdem, dass das vorgesehene Widerspruchsrecht aus Compliance-Sicht nur dann wirksam ist, wenn es niedrigschwellig und wirksam ausgestaltet wird. Es darf nicht dazu führen, dass Unternehmen erst nachgelagert reagieren können, wenn die Verarbeitung von hochsensiblen Daten bereits erfolgt ist.

Die Nutzung personenbezogener Daten für Trainingszwecke darf nur als letztes Mittel in Betracht gezogen werden und setzt voraus, dass alternative Maßnahmen, insbesondere die Nutzung synthetischer Daten sowie die Verarbeitung in pseudonymisierter Form, nachweislich ausgeschöpft wurden.

2.4 Forderungen des DStV

✓ Der **DStV** spricht sich dafür aus, Unternehmen grundsätzlich die Möglichkeit einzuräumen, ohne zusätzliche Hürden einem Datenzugangs- oder Datenweitergabeverlangen zu widersprechen, sofern schutzwürdige Geschäftsgeheimnisse betroffen sind. Deshalb fordert der **DStV** ein allgemeines Widerspruchsrecht gegen Datenzugangs- und Datenweitergabeverlangen vorzusehen, dass nicht an enge Ausnahmetatbestände oder eine einzelfallbezogene Begründung geknüpft ist.

✓ Positiv hervorzuheben ist, dass das Datenbereitstellungsverlangen nach Art. 15a auf Fälle eines öffentlichen Notstands begrenzt wird. Kritisch bleibt jedoch, dass nach Art. 15a Abs. 2 auch personenbezogene Daten angefragt werden können. Personenbezogene Daten erfordern ein besonders hohes Schutzniveau, das durch die vorgesehenen Sicherungsmechanismen nicht ausreichend gewährleistet ist. Deshalb fordert der **DStV** eine kohärente Ausgestaltung der Schutzmechanismen innerhalb des Art. 15a Datengesetzes-E.

✓ Eine verbesserte Datenverfügbarkeit kann das Training von KI-Systemen sowie die Innovationsfähigkeit der europäischen Wirtschaft stärken. Das berechtigte Interesse zur Verarbeitung personenbezogener Daten gemäß DSGVO darf jedoch nicht als pauschale Rechtfertigung für das Training von KI-Systemen dienen. Die Nutzung personenbezogener Daten für Trainingszwecke darf nur als letztes Mittel erfolgen, wenn alternative Maßnahmen, insbesondere synthetische Daten, ausgeschöpft sind. Deshalb fordert der **DStV**, den

Vorrang nicht personenbezogener, synthetischer oder pseudonymisierter Daten beim KI-Training ausdrücklich festzuschreiben und den Rückgriff auf personenbezogene Daten auf eng begrenzte Ausnahmefälle zu beschränken.

3. Anpassungen zur Schulung und KI-Kompetenz nach der europäischen KI-Verordnung – Bedeutung für den Berufsstand

Nach der bestehenden Fassung der KI-Verordnung müssen Anbieter und Betreiber sicherstellen, dass ihre Mitarbeiter über ein ausreichendes Maß an KI-Kompetenz verfügen. Der durch den Vorschlag angepasste Artikel 4 KI-Verordnung-E sieht dagegen von einer formalen Schulungspflicht ab. Stattdessen sollen die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten dazu angehalten werden, Betreiber und Anbieter bei der Förderung von KI-Kompetenz zu unterstützen. Dieser Ansatz trägt den unterschiedlichen Größenstrukturen und Einsatzkontexten der betroffenen Akteure Rechnung und vermeidet unverhältnismäßige Anforderungen, insbesondere für kleinere Einheiten mit begrenzten Ressourcen.

Der **DStV** spricht sich zudem dafür aus, dass Betreiber, die ein KI-System lediglich in eigener Verantwortung nutzen, nicht durch externe Akteure verpflichtet oder faktisch dazu angehalten werden, eigenständige Schulungsmaßnahmen durchzuführen. Diese Akteure haben keinen Einfluss auf die Entwicklung der eingesetzten Systeme oder auf die Behebung technischer Mängel und verfügen nicht über die Einflussmöglichkeiten und damit verbundene Verantwortlichkeiten von Anbietern. Die überwiegende Mehrheit der Kanzleien von Steuerberatern und Wirtschaftsprüfern nutzt KI ausschließlich als Bestandteil von Standardsoftware, ohne selbst als Anbieter oder Entwickler von KI-Systemen aufzutreten.

Unabhängig davon liegt es im eigenen Interesse der Kanzleien, ihre Mitarbeiter im Umgang mit KI bestmöglich zu qualifizieren, um eine sachgerechte und verantwortungsvolle Nutzung im Interesse der Mandanten sicherzustellen. Vor diesem Hintergrund sollten Schulungsangebote praxisnah und branchenspezifisch ausgestaltet und als unterstützende, nicht verpflichtende Maßnahmen konzipiert werden. Steuerberaterverbände bieten hierfür in Zusammenarbeit mit fachkundigen Referenten eine geeignete und bewährte Struktur, da sie sowohl die Besonderheiten der Berufsausübung als auch die relevanten rechtlichen und technischen Rahmenbedingungen berücksichtigen können.

✓ Vor dem Hintergrund der im Vorschlag vorgesehenen Abkehr von einer formalen Schulungspflicht sowie des differenzierten Ansatzes zur Förderung von KI-Kompetenz ist eine klare Abgrenzung der Verantwortlichkeiten erforderlich. Der **DStV** fordert deshalb, Schulungsmaßnahmen zur Förderung von KI-Kompetenz als freiwillige, branchenspezifische Unterstützungsangebote auszugestalten und Betreiber ohne Einfluss auf die Entwicklung und Mängelbeseitigung von KI-Systemen nicht zu verpflichten.

4. EU-Brieftasche für Unternehmen: Potenziale für Bürokratieabbau und digitale Verwaltungsprozesse im Berufsstand

Der **DStV** begrüßt den Verordnungsvorschlag 2025/0358 (COD) der EU-Kommission zur Einführung einer EU-Brieftasche für Unternehmen (EUBW) ausdrücklich. Wallet-basierte digitale Prozesse können maßgeblich zum Abbau von Bürokratie beitragen. Insbesondere bei Berichts-, Nachweis- und administrativen Verfahren ermöglicht die EUBW effizientere, schnellere und medienbruchfreie Abläufe. Hervorzuheben ist zudem, dass die EUBW gemäß dem Vorschlag auch Selbstständigen und Einzelunternehmern offensteht. Eine nutzerfreundliche und kostengünstige Identitätslösung kann gerade für kleinere Marktteilnehmer einen entscheidenden Impuls für die digitale Transformation setzen. Für den steuerberatenden Berufsstand ist diese Einbeziehung von besonderer Bedeutung. Steuerberater agieren zunehmend auch als Digitalisierungsberater ihrer Mandanten und begleiten diese bei der Einführung und Nutzung digitaler Verwaltungs- und Geschäftsprozesse. Die Öffnung der EUBW unterstützt diese Rolle und stärkt die Funktion des Berufsstands als digitale Schnittstelle zwischen Mandanten und Finanzverwaltung.

Zudem sieht der Verordnungsvorschlag gemäß Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe j) die Abbildung von Vertretungs- und Bevollmächtigungsstrukturen in der EUBW vor. Dies entspricht einer vorherigen Forderung des **DStV**. Steuerberater übernehmen für ihre Mandanten kontinuierlich Vertretungsaufgaben in Steuer- und Verwaltungsverfahren. Ein digitales und rechtssicheres Vollmachtsmanagement ist daher essenziell, um die EUBW in der Praxis vollumfänglich nutzen zu können. Um die Kontinuität bestehender Arbeitsprozesse sicherzustellen und Doppelstrukturen zu vermeiden, sollten bereits etablierte und von den Anwendern genutzte Systeme in die Struktur der EUBW eingebunden werden. Hierzu zählt insbesondere die Vollmachtsdatenbank (VDB). Die Möglichkeit, mehreren Benutzern durch den Inhaber Zugriff auf die Brieftasche zu gewähren, ermöglicht einen schnellen und sicheren Zugang zu amtlichen Dokumenten und Verwaltungsportalen sowie die Nutzung elektronischer Signaturen. Dadurch können bereits vorhandene Daten

wiederverwendet und das Once-Only-Prinzip konsequent umgesetzt werden. Dies schafft die Grundlage für eine moderne und zukunftsfähige Zusammenarbeit zwischen Finanzverwaltung, Berufsstand und Mandanten.

Der **DStV** begrüßt, dass Handlungen, die über die EUBW vorgenommen werden, gemäß Artikel 4 die gleiche Rechtswirkung wie persönliche Vorsprachen, papierbasierte Verfahren oder andere digitale Prozesse entfalten. Der Verordnungsentwurf schafft somit die rechtliche Grundlage für vollständig digitale und medienbruchfreie Geschäftsprozesse innerhalb der EU. Hervorzuheben ist zudem der zukunftsgerichtete Ansatz des „Wallet-by-Default“-Prinzips. Demnach sollen künftige gesetzgeberische und verwaltungsrechtliche Maßnahmen von Beginn an auch walletbasierte Interaktionen berücksichtigen.

Öffentliche Stellen sind gemäß Artikel 22 des Vorschlages spätestens 24 Monate nach Inkrafttreten der Verordnung verpflichtet, die EUBW zu akzeptieren und selbst zu nutzen. Die EUBW soll aus Sicht des **DStV** mit genügend Anpassungszeit für Nutzer, insbesondere Angehörige des Berufsstands, eingeführt werden, um Funktionen schrittweise kennenzulernen und Arbeitsabläufe in den Kanzleien anzupassen. Bei der Einführung sollte auch darauf geachtet werden, den Verwaltungen Zeit zur Umstellung der notwendigen Prozesse zu geben. Trotzdem sollte eine schnellstmögliche Einführung vorangetrieben werden, um Entlastungsmöglichkeiten gerade bei der Durchführung administrativer Prozesse und beim Bürokratieabbau im Sinne des Berufsstands frühzeitig zu nutzen.

Der European Unique Identifier (EUID) wird bereits im Gesellschaftsrecht genutzt (Richtlinien (EU) 2017/1132 und (EU) 2019/1151) und dient der eindeutigen, grenzüberschreitenden Identifizierung von Unternehmen über das Business Registers Interconnection System (BRIS), dass der Vernetzung der nationalen Geschäftsregister dient. Um die Interoperabilität und Rechtssicherheit zu gewährleisten, sollte die Nutzung der EUID über den bisherigen Anwendungsbereich im Gesellschaftsrecht hinaus erweitert werden, sodass sie auch für die Identifizierung im Rahmen der EUBW genutzt werden kann. Dies sollte nicht durch einen nachgelagerten Durchführungsrechtsakt geregelt werden. Vor diesem Hintergrund erscheint es konsequent, allen Wirtschaftsteilnehmern und öffentlichen Stellen durch die Mitgliedstaaten innerhalb eines verbindlichen Zeitrahmens eine EUID zur Verfügung zu stellen. Dies würde einer Fragmentierung der Identitätssysteme entgegenwirken und eine verlässliche sowie konsistente Grundlage für die Einführung und Nutzung der Brieftasche schaffen.

4.1 Zusammenfassung

- ✓ Der **DStV** bewertet den Verordnungsvorschlag der EU-Kommission zur EUBW grundlegend positiv.
- ✓ Besonders begrüßenswert ist, dass die Nutzung der Briefftasche auch Einzelunternehmern und Selbständigen offensteht. Dies ist für den steuerberatenden Berufsstand von zentraler Bedeutung, da Steuerberater zunehmend als Digitalisierungsberater agieren und als digitale Schnittstelle zwischen Mandanten und Finanzverwaltung fungieren.
- ✓ Zudem ist positiv hervorzuheben, dass der Verordnungsvorschlag die Abbildung von Vertretungs- und Bevollmächtigungsstrukturen in der EUBW vorsieht. Dies entspricht einer Forderung aus einer vorherigen Stellungnahme des **DStV** zum Omnibus-Digital.
- ✓ Öffentliche Stellen sind gemäß Art. 22 des Vorschlags spätestens 24 Monate nach Inkrafttreten der Verordnung verpflichtet, die EUBW zu akzeptieren und selbst zu nutzen. Aus Sicht des **DStV** ist eine angemessene Anpassungszeit von 12 Monaten für Berufsstand und Verwaltung erforderlich; zugleich sollte die Einführung zügig vorangetrieben werden, um Entlastungspotenziale bei administrativen Verfahren und im Bürokratieabbau frühzeitig zu realisieren.
- ✓ Der European Unique Identifier (EUID) ist im Gesellschaftsrecht etabliert und ermöglicht eine eindeutige, grenzüberschreitende Identifizierung von Unternehmen. Zur Gewährleistung von Interoperabilität und Rechtssicherheit sollte er auch für die Identifizierung im Rahmen der EUBW genutzt und nicht einem nachgelagerten Durchführungsrechtsakt überlassen werden. Eine verpflichtende Bereitstellung der EUID für Wirtschaftsteilnehmer und öffentliche Stellen durch die Mitgliedstaaten würde Fragmentierungen vermeiden und eine konsistente Grundlage für die Nutzung der EUBW schaffen.

Stand: 28.01.2026

Der Deutsche Steuerberaterverband e.V. (DStV) vertritt als Spitzenorganisation die Angehörigen der steuerberatenden und wirtschaftsprüfenden Berufe auf nationaler und internationaler Ebene gegenüber Politik, Exekutive und weiteren Stakeholdern. In seinen 15 Mitgliedsverbänden sind 36.500 - überwiegend in eigener Kanzlei oder Sozietät tätige - Steuerberater, Steuerbevollmächtigte, Wirtschaftsprüfer, vereidigte Buchprüfer sowie Berufsgesellschaften freiwillig zusammengeschlossen.

Der DStV ist im europäischen Transparenzregister unter der Nummer 845551111047-04 eingetragen.

DStV statement E 01/26

Digital Omnibus Proposal

1. General remarks

Through its Digital Omnibus proposal, the European Commission aims to streamline the EU's digital regulatory framework, making it more efficient and easier for businesses and public administrations to comply with regulatory requirements. The overarching objective is to strengthen the competitiveness of European companies and establish a regulatory environment that fosters innovation for increasingly critical technologies, most notably artificial intelligence (AI), thereby safeguarding the EU's global competitiveness.

A core component of the package involves adjusting and simplifying the General Data Protection Regulation (GDPR) (EU) 2016/679, alongside making targeted amendments to the EU AI Act (EU) 2024/1689. Existing European legal instruments in the field of data law, including the Data Governance Act (EU) 2018/1724, will be consolidated into a coherent framework under the European Data Act (EU) 2023/2854 to improve coherence, legal certainty, and implementation efficiency.

The package also includes the European Business Wallet (EUBW), which is designed to serve as a trusted digital identity solution. It is designed to enable identification and authentication, as well as the secure exchange of electronic evidence and documents.

On the following pages, the **Deutscher Steuerberaterverband e.V. (DStV)** sets out its comments on the elements of the Digital Omnibus proposal that are relevant to the profession.

2. Changes to the data protection and data law framework

2.1 Strengthening the protection of trade secrets in the context of requests for data access or sharing

The **DStV** welcomes the Digital Omnibus proposal's strengthening of protection for companies' trade secrets relating to connected products and related service data. The right to refuse data access requests from users or third parties designated by users under Articles 4(8) and 5(11) of the Data Act is, in principle, to be welcomed. Extending trade secret protection to situations involving an increased risk of unlawful access by third countries appropriately reflects the growing geopolitical tensions and associated risks of data espionage. Trade and professional secrets must therefore be afforded a higher level of protection than in the past.

Against this background, companies should be granted the option of objecting to requests for data access or sharing in a simple, non-bureaucratic manner where protectable trade secrets are concerned. For small and medium-sized enterprises (SMEs) in particular, trade secrets, especially in the form of know-how, often constitute the core value of the business. Information essential to economic success, therefore, requires a particularly high level of protection.

2.2 Amendment of the Data Act – Data provision requests in public emergencies and protection of sensitive data

The European Commission's proposal restricts data provision requests addressed to legal persons under the newly introduced Article 15a of the draft Data Act to situations of public emergency. This approach clearly narrows the scope of application compared to the former concept of 'exceptional need' and, at the same time, enhances legal certainty. However, it is important to note that under Article 15a (2) of the draft, personal data can be requested if non-personal data is insufficient. In a business context in particular, personal data, as well as data relating to professional or trade secrets, requires an especially high level of protection.

The safeguards set out in the proposal are appropriate minimum standards. These include the requirement to demonstrate exceptional necessity, the obligation to pseudonymise data where possible, and the implementation of technical and organisational protective measures. Nevertheless, these safeguards are insufficient to adequately reflect the heightened sensitivity of client-related and company-specific information.

Furthermore, regulatory consistency must be ensured. While data requests for preparedness or recovery measures under Article 15a (3) of the draft are limited to specific categories of non-personal data and explicitly exclude micro and small enterprises, no comparable protection logic applies in the context of acute emergency response. This lack of consistency raises significant concerns from the perspectives of legal certainty and proportionality.

2.3 Legitimate interest as a basis for AI training: requirements and limits of protection

According to the GDPR, any processing of personal data must be based on one of the legal grounds set out in Article 6(1) of the GDPR. One of these legal bases is legitimate interest. In its current proposal, the EU Commission clarifies that the training, testing and validation of AI systems and models, including large generative models such as Large Language Models (LLMs), can in principle be based on legitimate interests under Article 6(1)(f) of the GDPR. The **DStV** acknowledges that AI systems require substantial data throughout their entire lifecycle, and that their training could potentially yield social benefits, such as fostering Europe's technological independence.

In this context, the introduction of Article 88c GDPR is initially viewed positively. It is positive that the balancing of interests under Article 6(1)(f) GDPR remains decisive and is clarified at the same time. This increases legal certainty for developers and users. However, it is crucial that the clarification of the balancing requirements is not used to justify extensive data processing. While the protective mechanisms listed in the proposal are appropriate as minimum standards, they must also be practically enforceable, particularly to prevent data leaks and the unintentional 'memorisation' of personal data.

When training AI models, it must be considered that information incorporated into the training process cannot be reliably removed later. From a compliance perspective, it is important to note that the proposed right to object will only be effective if it is designed to be accessible and genuinely effective. It must not result in a situation where companies can only react ex post, after processing highly sensitive data.

Using personal data for training purposes should therefore be regarded as a last resort measure and only permissible where alternative approaches, most notably the use of synthetic data and pseudonymised processing, have been demonstrably and comprehensively exhausted.

2.4 DStV key positions

✓ The DStV is calling for companies to be granted the right to object to data access or sharing requests without facing additional procedural hurdles where protectable trade secrets are concerned. The DStV therefore calls for a general right of objection to data access and data sharing requests that is not contingent upon narrowly defined exceptions or case-by-case justifications.

✓ While it is positive that data provision requests under Article 15a of the Data Act draft are limited to public emergencies, it is concerning that personal data can also be requested under Article 15a (2). Personal data requires a particularly high level of protection, which is not currently ensured by the safeguards provided. The DStV therefore calls for coherent and consistent protection mechanisms to be designed within Article 15a of the draft.

✓ Improved data availability can contribute to strengthening the training of AI systems and enhancing the innovative capacity of the European economy. However, reliance on legitimate interest as a legal basis for processing personal data under the GDPR must not be used as a blanket justification for AI training. Personal data should only be used for training purposes as a last resort, when alternative approaches, most notably the use of synthetic data, have been fully exhausted. The DStV therefore calls for clear prioritisation of non-personal, synthetic, or pseudonymised data in AI training, with personal data use confined to narrowly defined exceptional circumstances.

3. Adjustments to training and AI literacy under the European AI Act – relevance for the profession

The current version of the AI Act requires providers and deployers to ensure their staff have an adequate level of AI literacy. However, the amended Article 4 of the draft does not introduce a formal training obligation. Instead, it proposes that the European Commission and the Member States support providers and deployers in fostering AI literacy. This approach appropriately reflects the diverse structures and contexts of the relevant parties and avoids placing disproportionate burdens on smaller entities with limited resources.

Furthermore, the **DStV** takes the view that deployers who merely use an AI system under their own responsibility should not be subject to a legal obligation or effectively compelled by third parties to implement independent training measures. Such deployers do not influence the development of the AI systems they use, nor over the remediation of technical shortcomings, and they do not bear the level of control or responsibility attributed to providers. The vast majority of tax advisory and audit firms use AI exclusively as part of standard software solutions and do not themselves act as providers or developers of AI systems.

Nevertheless, it is in firms' own interests to provide their employees with the best possible training in AI usage to ensure its proper and responsible use for the benefit of their clients. With this in mind, training courses should be practical, industry-specific and supportive, and not mandatory. Tax advisor associations, in cooperation with expert speakers, are well placed to offer such training, as they consider both the specifics of professional practice and the relevant legal and technical framework conditions.

✓ Against the backdrop of the proposal to move away from a formal training obligation and the differentiated approach to promoting AI competence, it is necessary to clearly delineate responsibilities. The **DStV** therefore calls for training measures to promote AI competence to be designed as voluntary, industry-specific support services, and for operators who do not influence the development or rectification of AI system defects not to be obliged to participate.

4. European Businesses Wallet: potential for reducing bureaucracy and digital administrative processes in the profession

The **DStV** welcomes the European Commission's proposed Regulation 2025/0358 (COD), which introduces the European Business Wallet (EUBW). Wallet-based digital processes have the potential to significantly reduce administrative burdens. Notably, the EUBW enables more efficient, faster and fully digital ('end-to-end') procedures in reporting, verification and administrative processes. It should also be noted that under the proposal, the EUBW will be accessible not only to legal entities, but also to self-employed individuals and sole traders. A user-friendly, cost-efficient digital identity solution could provide decisive impetus for digital transformation, particularly for smaller market participants. This inclusive approach is particularly relevant to the tax advisory profession. Tax advisors are increasingly acting as digitalisation partners for their clients, supporting them in introducing and using digital administrative and business processes. Opening the EUBW to self-employed individuals and sole traders reinforces this role, strengthening the profession's function as a digital interface between clients and the tax authorities.

Additionally, the proposed regulation provides for the mapping of representation and authorisation structures within the EUBW, as set out in Article 5(1)(j). This aligns with a previous request by the **DStV**. Tax advisors perform representation tasks for their clients continuously in tax and administrative proceedings. Digital, legally secure power of attorney management is therefore essential to make full use of the EUBW in practice. To ensure continuity of existing work processes and avoid duplicate structures, systems already established and used by users should be integrated into the EUBW. This includes the power of attorney database (in German Vollmachtsdatenbank-VDB) in particular. Granting multiple users access to the wallet enables them to securely access official documents and administrative portals, as well as use electronic signatures. This allows the once-only principle to be implemented consistently and existing data to be used effectively. This creates the basis for modern, sustainable cooperation between tax authorities, professionals, and clients.

The **DStV** welcomes the fact that actions carried out via the EUBW have the same legal effect as personal visits, paper-based procedures, and other digital processes, as set out in Article 4. The draft, therefore, establishes the legal framework for fully digital, media-free business processes within the EU. The "wallet-by-default" principle is also a forward-looking approach that should be highlighted. According to this principle, future legislative and administrative measures must take wallet-based interactions into account from the outset.

Article 22 of the proposal states that public authorities must accept and use the EUBW no later than 24 months after the Regulation comes into force. In the DStV's opinion, the EUBW should be introduced with sufficient adjustment time for users, particularly professionals, to familiarise themselves gradually with its functions and adapt work processes in tax consulting firms. When introducing the EUBW, care should also be taken to allow time for administrations to adapt the necessary processes. Nevertheless, the introduction should be expedited in order to capitalise on opportunities for relief, particularly with regard to the implementation of administrative processes and the reduction of bureaucracy, in the interests of the profession.

The European Unique Identifier (EUID) is already used in company law, as set out in Directives (EU) 2017/1132 and (EU) 2019/1151. It serves to uniquely identify companies across borders via the Business Registers Interconnection System (BRIS), which connects national business registers. To ensure interoperability and legal certainty, the EUID should be used beyond its current scope in company law, so it can also be used for identification within the EUBW. This should not be subject to a downstream implementing act. Against this background, it seems logical for Member States to allocate an EUID to all economic operators and public authorities within a binding timeframe. This would counteract the fragmentation of identity systems and establish a reliable and consistent foundation for introducing and using the wallet.

4.1 Summary

- ✓ The DStV has a generally positive view of the European Commission's proposed Regulation on the European Business Wallet (EUBW).
- ✓ The DStV welcomes that the wallet will be available to sole traders and self-employed individuals. This is of central importance for the tax advisory profession, given that tax advisors are increasingly acting as digitalisation partners and as a digital interface between clients and the tax authorities.
- ✓ Another positive element is that the proposed regulation provides for the mapping of representation and authorisation structures within the EUBW. This aligns with a previous request put forward by the DStV regarding the Digital Omnibus package.
- ✓ Pursuant to Article 22 of the proposal, public authorities are required to accept and use the EUBW no later than 24 months after the Regulation's entry into force. From the DStV's perspective, both the profession and the public administration require a reasonable adjustment period of 12 months. At the same time, swift implementation of the EUBW is necessary to realise its potential for reducing administrative procedures and bureaucratic burdens.
- ✓ The European Unique Identifier (EUID) is firmly established in company law and enables the unique, cross-border identification of companies. To ensure interoperability and legal certainty, it should be used as the identifier within the EUBW rather than being deferred to a subsequent implementing act. The mandatory provision of the EUID by Member States for economic operators and public authorities would prevent fragmentation and establish a coherent and reliable basis for the effective use of the EUBW.

As of: 28 January 2026

The German Tax Advisors Association (DStV) is the umbrella organisation representing members of the tax advisory and auditing professions at national and international level in dealings with politicians, the executive and other stakeholders. Its 15 member associations voluntarily bring together 36,500 tax advisors, tax agents, auditors, certified public accountants and professional associations, most of whom work in their own offices or partnerships.

The DStV is registered in the European Transparency Register under number 845551111047-04.
